

Neue Ordnung der Arbeit

Zeit, dass sich was ändert

„Eine neue Ordnung der Arbeit ist die zwingende Voraussetzung für sichere Renten und ein soziales Europa“, beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Erwartungen von DGB und Gewerkschaften an die Politik. Diese neue Ordnung herzustellen, sei eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Bundesregierung. Sommer fordert: „Arbeit muss wieder ihren Wert haben, muss ihre Würde zurückbekommen. Die Arbeitnehmer müssen durch klare Regeln vor Lohndumping und Ausbeutung geschützt werden.“ Mit bundesweiten Aktionstagen vom 7. bis zum 9. Juni wollen DGB und Gewerkschaften den Druck auf die Politik erhöhen. Geplant sind hunderte dezentrale Veranstaltungen auf Marktplätzen, in Stadthallen und Fußgängerzonen. Von klassischen Diskussionsständen bis hin zu „Guerilla-Blumenaktionen“ – die GewerkschafterInnen wollen diskutieren und für ihre Forderungen werben.

So zum Beispiel in NRW, wo IG Metall, ver.di und der DGB mit einem englischen Doppeldeckerbus an Rhein und Ruhr mobilisieren wollen. Oder in Bayern: Dort

planen DGB und Gewerkschaften insgesamt 70 Veranstaltungen. Der DGB-Bezirksvorsitzende Matthias Jena erklärt: „Allein in Bayern arbeiten fast 700 000 Menschen für Niedriglöhne. Es gab in Deutschland mal einen Konsens, dass jemand, der die ganze Woche hart arbeitet, von seiner Arbeit auch leben können muss. Diesen Konsens haben manche Arbeitgeber einseitig aufgekündigt.“ Deshalb müsse jetzt der Gesetzgeber handeln.

Um die neue Ordnung durchzusetzen, fordert der DGB unter anderem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro und eine Regulierung der Leiharbeit. Zudem soll der Missbrauch von Werkverträgen zum Lohn- und Sozialdumping strikt unterbunden werden. Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung sollen gestärkt werden. „Und nicht zuletzt gehört zu einer neuen Ordnung der Arbeit auch, dass Frauen für die gleiche Arbeit das gleiche Geld bekommen“, betont Michael Sommer.

Außerdem sollten alle Arbeitsverhältnisse ohne Ausnahme sozialversicherungspflichtig werden.

Immer mehr prekär Beschäftigte

Sozialversicherte Vollzeitbeschäftigte und prekär Beschäftigte 2011 (in Millionen)

Sozialversicherte Vollzeitbeschäftigte	22,7
Geringfügig Beschäftigte	7,4
Sozialversicherte Teilzeitbeschäftigte	5,0
Befristet Beschäftigte	2,8
LeiharbeiterInnen	0,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012

2011 gab es rund 7,4 Millionen geringfügig Beschäftigte, fünf Millionen in Teilzeit und circa 900 000 LeiharbeiterInnen.

Der Sonderstatus von Minijobs muss aus Sicht des DGB beendet werden. Die Gewerkschaften wollen bei niedrigen Verdiensten auch die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Bei Einkommen unter 800 Euro sollen ihre Beiträge an die Sozialversicherungen höher sein als die der Beschäftigten. Erst darüber gilt dann die paritätische Finanzierung. Bei öffentlicher Auftragsvergabe müssen soziale Kriterien berücksichtigt werden, wie etwa Tariftreue, Mindestlohn oder die Gleichstellung von Männern und Frauen. Um den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu stärken, fordern die Gewerkschaften eine Anti-Stress-Verordnung der Bundesregierung. Sie soll klare Regeln für die Arbeitgeber schaffen. Michael Sommer bekräftigt: „Dafür streiten die Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaft auch im Bundestagswahlkampf, parteipolitisch unabhängig, aber in der Sache konsequent.“

plusminusBERLIN

+ **Burkhard Lischka (SPD)** fordert, auch hierzulande die Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung entsprechend internationaler Vorgaben zu regeln. Neben Deutschland hätten nur **Syrien, Sudan, Saudi-Arabien und Nordkorea das Abkommen bisher nicht umgesetzt.**

- **Wolfgang Götzer (CSU)** lehnt eine Regelung von Strafen bei Abgeordnetenbestechung strikt ab. Für ihn gilt: „Gesetze macht man, wenn Handlungsbedarf besteht.“ Er fragt: „Sind in den letzten Jahren auch nur Verdachtsfälle im Bundestag aufgetaucht?“

Seite 3

Gute Praxis

Wie Arbeit altersgerecht gestaltet werden kann, zeigt die IG Metall im Rahmen ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“

Seite 5

Gedenken an 1933

DGB und Gewerkschaften haben am 2. Mai der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 gedacht. Die Festansprache hielt Bundespräsident Joachim Gauck

Seite 7

Schwarz-Gelber Wirrwarr

Der Journalist und Autor Thomas Gesterkamp zieht eine Bilanz der schwarz-gelben Familienpolitik



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/ruhrfestspiele2013
Seit dem 1. Mai laufen die Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Hier gibt es das Programm

Hintergrund

www.dgb.de/IPMI
Die politischen Forderungen des DGB an die Parteien für die Bundestagswahl 2013

Mindestlohn

Keine halben Sachen

„Wir lassen uns nicht auf Halbheiten ein. Dafür ist das Thema Mindestlohn zu wichtig“, kommentiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den FDP-Beschluss zum Mindestlohn. Auf eine moderate Öffnung für regional- und branchenspezifische Lohnunter-

grenzen einigten sich die Liberalen auf ihrem Sonderparteitag. Für den DGB ist es ein misslungener Ansatz. Michael Sommer: „Der gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro muss flächendeckend gelten. Alle darunter liegenden Löhne müssen kassiert werden, und es darf keine Differenzierungen geben, weder regional noch branchenspezifisch“, alles andere sei Etikettenschwindel. Da helfe der FDP und auch der Union

das Werfen von „Nebelkerzen à la Lohnuntergrenze“ nicht.

Ganz im Sinne der DGB-Forderung stimmte der Bundesrat Anfang Mai einer Entschließung zu, die den Bundestag und die Bundesregierung zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens 8,50 Euro auffordert. Sie geht auf eine Initiative der rot-grün und rot-rot geführten Länder zurück. •

www.bit.ly/BuRatEntschlieBung

Europaweite Aktionen

Frankenstein kehrt zurück

Zu einem europaweiten Aktionstag gegen die von der EU geplante „Durchsetzungsrichtlinie“ zur Entsendung ruft die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) für den 15. Mai auf. Die IG BAU hat Aktionen in Berlin geplant. Das Motto: „Frankenstein ist zurück“. Damit spielt die EBFH auf den am Widerstand der Gewerkschaften gescheiterten Plan des früheren EU-Kommissars Frits Bolkestein an, EU-weit das Herkunftslandprinzip für Arbeitsmigration einzuführen und Lohndumping Tür und Tor zu öffnen. Die neue Richtlinie zielt in die gleiche Richtung wie die Bolkestein-Richtlinie. Derzeit wird sie von den Ausschüssen des Europaparlamentes beraten. •

EU-Bürgerinitiative

Wasser gehört allen

Die EU-Bürgerinitiative für das Menschenrecht auf Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung hat die letzte Hürde genommen und die erforderlichen Unter-

schriften in acht Ländern erreicht. Nach Deutschland, Österreich, Belgien, Slowenien und der Slowakei sind jetzt auch in Luxemburg, Finnland und Litauen die notwendigen Stimmen gesammelt worden. Der nächste Schritt ist eine formale Anhörung durch die EU-Kommission.

ver.di-Vorstandsmitglied Erhard Ott erwartet nun von der Bun-

desregierung, dass sie sich dafür einsetzt, die Wasserwirtschaft aus der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie herauszunehmen. ver.di hatte die Initiative federführend für Deutschland betreut. Von den insgesamt 1,5 Millionen Unterschriften kamen 1,3 Millionen aus Deutschland. •

www.right2water.eu/de

FÜR UNS ALLE

**GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.
SOZIALES EUROPA. AKTIVER STAAT.**

GEWERKSCHAFTEN

Altersgerechte Arbeit

Gute Praxis

Die IG Metall ist mit ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ für flexiblere Übergänge in den Ruhestand in die Offensive gegangen (einblick 8/13). Projekte guter Arbeit auf betrieblicher Ebene sind dabei ein Baustein.

Schichtarbeit, extreme Hitze, viel Staub und Lärm: Obwohl die Produktions- und Arbeitsbedingungen bei der Salzgitter Flachstahl GmbH verbessert werden konnten, sind sie nach wie vor hoch belastend. „Bei den berufsbedingten Erkrankungen stehen Muskel- und Skeletterkrankungen an erster Stelle, gefolgt

gerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre werden die Probleme noch dramatischer“, erwartet Hasan Cakir. „Bereits heute sind bei uns die Arbeiter im Durchschnitt 43, die Angestellten 45 Jahre alt.“ Dabei hält jeder Zweite von rund 1200 Beschäftigten, die der Betriebsrat befragt hat, es für wenig wahrscheinlich, an seinem aktuellen Arbeitsplatz das gesetzliche Rentenalter zu erreichen. 80 Prozent der Befragten wünschen sich verbesserte Regelungen zur Altersteilzeit, zwei Drittel fordern Vereinbarungen zu einem flexiblen Ausstieg.

Gemeinsam mit der IG Metall hat der Betriebsrat im Unternehmen das Projekt „Gute Arbeit – gut in Rente“ ins Leben gerufen und ein Forderungspaket entwickelt, das bei der anstehenden Reorganisation eine wichtige Rolle spielen soll. „Entlastung von Älteren durch Jüngere“ und „Jüngere lernen von Älteren“ stehen dabei im Mittelpunkt.

Rote Arbeitszeitampel

Ähnlich sieht es auch bei der Schaeffler Technologies Schweinfurt AG & Co. KG aus. Nach der Analyse der Altersstruktur und Umfragen unter den Beschäftigten wurden neue Arbeitskonzepte entwickelt. Betriebsrat Jürgen Schenk: „Fast jeder zweite im Unternehmen ist über 45. Dabei sind die Arbeitsplätze größtenteils nicht auf eine alternde Belegschaft ausgelegt. Nach den von uns entwickelten Vorschlägen sollen familienfreundliche Schichtzeiten Burnout verhindern. Mehrarbeit soll mit Erholungszeit statt Geld ausgeglichen werden.“ Generell sollen Gleitzeitmodelle und konsequenter Überstunden-Abbau zu mehr Flexibilität und Er-

holung für die Beschäftigten führen. „Wer zu viel arbeitet, den soll eine rote Arbeitszeitampel rechtzeitig zur Freizeit zwingen.“

Wie vielschichtig die Herausforderungen sind, zeigt sich für die Schweinfurter auch beim Blick auf das andere Ende der Alterspyramide. In der Region Main-Rhön ist das Angebot an qualifiziertem Nachwuchs gering. So wurde das Lösungspaket gleichzeitig zur Nachwuchsförderung. Mehr Auszubildende, mehr Durchlässigkeit im Betrieb und Qualifizierungen gegen den drohenden Fachkräftemangel, bessere Arbeitsbedingungen und attraktivere Arbeitszeitmodelle sind Bestandteil des Lösungspakets.

Qualifizierungspfade

Nach dreijähriger Vorarbeit wurde es 2009 bei Mercedes Benz in Bremen konkret. Mercedes-Betriebsrat Ralf Wilke: „Um den Beschäftigten aus der akkordabhängigen Montage die Chance zu geben, sich in anspruchsvolleren Tätigkeiten weiterzubilden, damit sie nicht bis zur Rente im 72-Sekundentakt arbeiten müssen, wurden Qualifizierungspfade eingeführt.“ Trotz guter Ansätze in dieser Phase, so Ralf Wilke, begann das Unternehmen, für ältere ArbeitnehmerInnen geeignete Arbeitsplätze auszulagern und als Werkverträge zu vergeben. Rund 2500 Beschäftigte besuchten die Verantwortlichen daraufhin. Sie forderten den Verzicht auf Fremdvergabe sowie das Bekenntnis der Unternehmensleitung, sich dem demographischen Wandel zu stellen. So entstand ein Projekt von Arbeitgeber, Betriebsrat und IG Metall-Vertrauensleuten, die gemeinsam Lösungsvorschläge erarbeiten wollen. Dazu gehören sinnvolle Arbeitsplätze für gesundheitlich eingeschränkte Beschäftigten, Arbeitsplatzgestaltung für MitarbeiterInnen, die nicht mehr den vollen Akkord erreichen, sowie ergonomische Arbeitsplätze, damit die Beschäftigten nicht vorzeitig verschleiben. •

Reformen im Bildungswesen

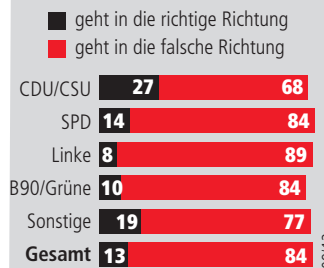
Mit einem Bildungsmanifest fordert die IG Metall im Wahljahr grundlegende Reformen im Bildungssystem. Bildung soll gerechter, für alle zugänglich, in der Regel kostenfrei und mit Arbeit besser vereinbar werden. Deutschland brauche ein Bildungssystem, das lebenslanges Lernen ermöglicht. „Wir steuern auf eine Bildungskatastrophe zu. Die Politik hat versagt und lässt die junge Generation alleine. Deshalb fordern wir Eltern, Schüler, Studierende, Azubis und Beschäftigte auf, das Bildungsmanifest zu unterzeichnen und den grundlegenden Wandel des Bildungssystems voranzutreiben“, sagt Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär der IG Metall.

Das Bildungsmanifest kann online unterschrieben werden. Zeitgleich werden hunderte junger Aktiver Unterschriften in den Betrieben und auf den Straßen im gesamten Bundesgebiet sammeln. Zu den Erstunterzeichnern des Manifests gehören Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall, der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel sowie alle geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall.

www.revolutionbildung.de

Rente: 84 Prozent fordern Kurswechsel

Beurteilung der Rentenpolitik der Bundesregierung nach Parteipräferenzen*



* alle Angaben in Prozent, fehlende Prozentangaben bis 100: „spontan keine Antwort“ oder „ich weiß nicht“

Quelle: TNS Infratest/IG Metall

© DGB einblick 09/13

Rund zwei Drittel der CDU/CSU-WählerInnen fordern einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Nicht messbar war für das Umfrage-Institut TNS Infratest der Anteil der FDP-WählerInnen unter den Befragten.

von Problemen mit den Atmungsorganen. Psychische Erkrankungen liegen im Produktionsbereich an sechster, bei den Angestellten an vierter Stelle.“ So beschreibt Hasan Cakir, Betriebsratsvorsitzender der Salzgitter Flachstahl, die Situation der größten Stahltochter in der Salzgitter-Gruppe. 4800 MitarbeiterInnen verarbeiten hier Rohstahl zu Flachprodukten.

Die Belegschaften werden immer älter, die Belastungen bleiben gleich oder nehmen durch Arbeitsverdichtung zu. „Mit der Verlän-

SoliServ 2.0

15 Jahre praktische Solidarität

„Praktische und handhabbare Informationen für Betriebs- und Personalräte und gedanklichen Austausch“ zu liefern, das war 1998 die Grundidee für das Internetportal SoliServ.de. Es war beinahe noch die Steinzeit des World Wide Web, als Georg Dresel und Thomas Santillan die Idee in die Tat umsetzten. Betriebs- und Personalräte trafen sich im virtuellen Raum, um Zugang zu Ge-

richtsentscheidungen, Diskussion von Mitbestimmungsfragen oder Betriebsvereinbarungen auf leichteren Wegen zu bekommen.

15 Jahre später ist SoliServ eine Plattform, die ihresgleichen sucht. Mehr als 600 Musterbetriebsvereinbarungen, 4800 Gerichtsentscheidungen und Gesetzestexte, Musteranschreiben, Bildungsangebote und Themen aus der Arbeitswelt gehören zum

Informationsangebot. Längst ist Georg Dresels Internetauftritt auch im Web 2.0 angekommen. Unter SoliDebatte tauschen sich rund 1000 NutzerInnen aus. Die Hans-Böckler-Stiftung attestierte bereits 2005: SoliServ sei eine hoch frequentierte Plattform, deren Erfolg in der „Geschwindigkeit und Qualität der Antworten“ liege. Schon bloßes Mitlesen sei attraktiv, um Anregungen zu finden. Und keine Frage: Auch bei Facebook und Twitter ist der Account von Georg Dresel stark frequentiert. •

www.soliserv.de

Unternehmensinsolvenz

Mehr Mitbestimmung

Wer Arbeitnehmerinteressen im Falle einer Unternehmensinsolvenz berücksichtigen will, muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen verstehen. Das 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) eröffnet Mitbestimmungsmöglichkeiten, die von Betriebsräten, Aufsichtsratsmitgliedern und Gewerkschaften gefüllt werden müssen. In einer gemeinsamen Veranstaltung der DGB-Technologieberatungsstelle Berlin-Brandenburg, des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater und des Bundesverband Arbeitsorientierter Beratung am 22. Mai in Berlin soll das Thema praxisbezogen beleuchtet und diskutiert werden. •

info@dgb-technologieberatung.de

DGB/HBS-Tagung

Neue Ordnung der Arbeit

Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze hat zugenommen, damit ist auch ein Rückgang der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit verbunden. Doch Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung breiten sich immer mehr aus. Immer mehr Vollzeitbeschäftigte können von ihrer Arbeit nicht mehr leben, der Arbeitsdruck steigt. Dem wollen DGB und Gewerkschaften durch neue Rahmenbedingungen, Regeln und Bestimmungen zu Schutz und Gestaltung von Arbeits- und Lebensbedingungen begegnen.

Bei der Tagung „Konturen einer neuen Ordnung der Arbeit“ am 29. Mai in Berlin sollen Lösungswege von der Stärkung der Tarifautonomie bis zu individuellen Rechtsansprüchen thematisiert werden. Die

Veranstaltung wird gemeinsam vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung und dem

DGB durchgeführt und richtet sich an Wissenschaft und Betriebspraxis, Verbände und Politik. •

www.bit.ly/konturen

Gute Praxis

Familienbewusste Arbeitszeiten

20 Betriebe hat das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“ in der Projektphase 2011/2012 zu familienfreundlichen Arbeitszeiten beraten – neun dieser Prozesse hat das Projekt nun in einer Broschüre dokumentiert. Sie stehen stellvertretend für das Themenspektrum, das von der Einführung von Telearbeit über Maßnahmen zu pflegesensiblen Arbeitszeiten bis hin

zur Umstellung von Schichtplänen reicht. Ziel der Beratung durch das DGB-Projekt ist es, in gemeinsamen Prozessen mit Interessenvertretung und Personalverantwortlichen passgenaue Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu finden. Die „Broschüre gute Beratungspraxis“ steht auf der Projektseite zum Download bereit. •

www.bit.ly/familienfreundliche_beratung

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Das Mitglied im Blick, der Mensch im Mittelpunkt.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Überzeugende Leistungen & überzeugende Positionen.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

interregio

••• Der Geschäftsführer der **DGB-Region Südosthessen** Alexandre da Silva hat das **Klinik-konzept** der hessischen Landesregierung kritisiert. Die Kliniken in kommunaler Trägerschaft würden völlig unzureichend von der Landesregierung gefördert, „zum anderen ist die Idee des Klinikverbands am Beispiel Offenbach gescheitert“. Kein anderes Klinikum wollte eine gesellschaftsrechtliche Verschmelzung vollziehen, da Finanzierung und Schuldenhaftung

nicht geklärt seien. Der DGB pocht auf ein öffentliches Gesundheitssystem, das alle unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten versorgen kann.

www.region-suedosthessen.dgb.de

••• Den angekündigten Rückzug der Robert Bosch GmbH aus dem Solargeschäft hat der Landesvorstand des **DGB-Thüringen** als schweren Schlag für den Wirtschaftsstandort Arnstadt, den Solarstandort Mitteldeutschland und für die Beschäftigten und deren Fa-

milien bezeichnet. Der Landesvorstand fordert in einer Resolution, ein **Konzept** zu entwickeln, das Lösungswege aufzeigt und Arbeitsplätze erhält. „Mit der Entscheidung, ob der Standort Arnstadt weiterhin ein Standort zur Fertigung im Bereich der Photovoltaik bleibt oder nicht, entscheidet sich auch die Frage, ob die deutsche Solarindustrie im internationalen Wettbewerb künftig weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen wird.“

www.thueringen.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

Gedenken an den 2. Mai 1933

Schafft die Einheit!

Überall in Deutschland gedachten am 2. Mai DGB und Gewerkschaften der Zerschlagung der Gewerkschaften vor 80 Jahren und der Opfer der Nazi-Diktatur. Die zentrale Veranstaltung fand in Berlin statt.

Rund 600 geladene Gäste aus Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik gedachten in Berlin der GewerkschafterInnen, die von den Nationalsozialisten verfolgt, eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden. In seiner Festrede betonte Bundespräsident Joachim Gauck: „Nur wo es freie Gewerkschaften und freie Arbeitnehmervertretungen gibt, bleiben Demokratie und Teilhabe keine leeren Versprechen, sondern werden sozial verhandelte Wirklichkeit.“

Gauck lobte Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung. Zudem stellte er das Engagement von GewerkschafterInnen in Geschichte und Gegenwart heraus. „Die Demokratie braucht eben derart ermächtigte Bürger, die die Verantwortung für unser Gemeinwohl übernehmen. Gerade die Gewerkschaftsbewegung ist eine Geschichte von Menschen, die sich permanent ermächtigt, für die Interessen der Arbeitnehmer, für Solidarität einzutreten.“

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bezeichnete die Gewerk-

schaftseinheit als zentrales Vermächtnis aus den Lehren der Nazi-Diktatur. „Sie war der wichtigste Auftrag, den uns die Häftlinge der Konzentrationslager und Nazi-Gefängnisse auf den Weg gaben. Schafft die Einheit! Das ist der Kern der Lehren, die wir gezogen haben. Es ist eine Erkenntnis, die ihre Strahlkraft nicht verloren hat.“

Lob der Mitbestimmung

„Demokratie verpflichtet, und sie öffnet zugleich Entwicklungsmöglichkeiten. Dafür ist die Geschichte der Mitbestimmung nach 1945 ein herausragendes Beispiel.“ (...) „Gewerkschaftliche Interessenvertretung ist nicht nur ein verbrieftes Recht, sie ist auch eine Kultur, die gelernt, eingeübt und akzeptiert sein muss.“ (...) „Wenn im kommenden Jahr neue Betriebsräte gewählt werden, wünsche ich den Unternehmen in allen Himmelsrichtungen unseres Landes, dass genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kandidieren und noch mehr als bislang ihre Stimme abgeben.“ (...) „Deutschland braucht weiter eine mit Leben erfüllte Interessenvertretung der Arbeitnehmer; es braucht Mitbestimmung in seinen Unternehmen.“

(Auszüge aus der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck am 2. Mai in Berlin)

Die komplette Rede und mehr zur Gedenkveranstaltung:
www.dgb.del-132y



Foto: David Ausserhofer

Eine Institution im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist die gewerkschaftliche Initiative „Gelbe Hand“. Im Rahmen der Gedenkveranstaltung in Berlin wurden die diesjährigen GewinnerInnen eines Sonderpreises ausgezeichnet. In ihren Beiträgen haben sie sich mit dem Schicksal von GewerkschafterInnen in der Nazi-Diktatur befasst. Bundespräsident Joachim Gauck (3.v.l.), der DGB-Vorsitzende Michael Sommer (2.v.l.) und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach (l.) gratulierten den PreisträgerInnen.

An uns kommt keiner vorbei

„Das ist unser Tag. Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa“, so lautete das Motto der Kundgebungen zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit. Insgesamt nahmen rund 425 000 Menschen an den über 400 Kundgebungen teil. „Die große Zahl der Teilnehmerinnen und Teil-

nehmer sendet in das Wahljahr 2013 ein deutliches Signal. An den Themen der Gewerkschaften, an den Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommt keiner vorbei“, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Hauptkundgebung in München.

Er forderte vor allem eine neue Ordnung der Arbeit. Die Deregulierungspolitik der vergangenen 30 Jahre habe „nicht nur gute Arbeit zerstört, sondern auch die Grundlagen eines sozial verantwortlichen“ Wirtschaftens. Sommer kritisierte zudem: „Steuerflucht ist kein Kavaliärsdelikt.“ Es sei richtig, dass auch hoch bezahlte Fußballstars oder Manager einen Teil ihres Salärs an den Fiskus abliefern müssten. ArbeitnehmerInnen täten das Gleiche.

Mehr zum 1. Mai 2013: www.dgb.del-1tsN



Foto: DGB/Werner Bachmeier

Zum Nachlesen

Nur Stunden nach der Inszenierung des 1. Mai

1933 als „Feiertag der nationalen Arbeit“ verwüsteten

SA-Kommandos Gewerkschaftshäuser und verhafteten GewerkschafterInnen.

Das Ausmaß des Nazi-Terrors gegen die Gewerkschaften in Berlin dokumentiert

die Homepage:

www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de

Anlässlich der Gedenkfeier wurde dazu auch ein gedruckter Stadtführer veröffentlicht. Restexemplare sind bei der DGB-

Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik erhältlich.

Bestellungen von kostenlosen Einzelexemplaren bei:
martina.hesse@dgb.de

Es fallen keine Versandkosten an.

Auch die IG BCE hat anlässlich des Jahrestages eine sehr informative Broschüre unter dem Titel „1933/2013: Ungebrochen“ erstellt.

Bestellungen zum Preis von drei Euro bei:
versand@bw-h.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsames Denken & solidarisches Handeln.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

kurz & bündig



Rund 115000 Beschäftigte im Maler- und Lackiererhandwerk

erhalten seit Monatsbeginn höhere Mindestlöhne. Im Westen ist die untere Lohngrenze für Gesellen von 12 auf 12,15 Euro gestiegen, Ungelernte erhalten nun 9,90 Euro statt zuvor 9,75. Der stellvertretende IG Bau-Vorsitzende Dietmar Schäfers: „Mit dem Plus beim Mindestlohn haben wir sichergestellt, dass die Maler und Lackierer nicht weiter von der Lohnentwicklung abgehängt werden.“

DGB

Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen Stefan Körzell

hat den hessischen Innenminister Boris Rhein (CDU) aufgefordert, über die Arbeit des hessischen Verfassungsschutzes im Umfeld einer Neonazi-Demonstration am 1. Mai in Hanau aufzuklären. „180 Neonazis veranstalten eine unangemeldete Demo und der Verfassungsschutz hat von dem Plan nichts gewusst?“ Die Neonazis hatten im Vorfeld zu Störungen der Mai-Kundgebungen des DGB aufgerufen.



Die EVG hat einen Bahn-Fotowettbewerb gestartet.

TeilnehmerInnen sind aufgerufen, Fotos zum Beispiel von historischen Lokomotiven oder Zügen in schönen Landschaften einzusenden. Die besten Fotos werden im neuen Bahnlandschaften-Kalender der EVG veröffentlicht. Die drei Erstplatzierten erhalten zudem Sachpreise. Einsendungen an: evg@creadicto.de

Unterrichtsmaterialien

Prüfstelle gefordert

Der Verein LobbyControl beklagt den wachsenden Einfluss von Wirtschaft und Finanzwelt an Schulen. In einem gerade veröffentlichten Diskussionspapier beschreibt LobbyControl die Arbeit der Lobbyisten im Bildungswesen und die daraus resultierenden Gefahren. Zeitgleich fordert der Verein in einem offenen Brief an die Bildungsministerien diese dazu auf, den Lobbyismus an Schulen zu unterbinden.

Auch DGB und GEW kritisieren den Machtzuwachs der Wirtschaft an Schulen und verlangten bereits im letzten Jahr die Einrichtung einer Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien. Eine Studie der Universität Augsburg belegt die große Vielfalt der Lehrmaterialien, die online frei abgerufen werden können und

keinerlei Qualitätsprüfung unterliegen. Diese Kontrolllücke wird von den Herstellern oft genutzt, um Produktmarketing zu betreiben oder auf die Verhaltensmuster von Schülerinnen einzuwirken.

DGB und GEW fordern deshalb die Kenntlichmachung der Hersteller und Finanzierungsstrukturen solcher Materialien, um LehrerInnen auf deren manipulativen Einfluss aufmerksam zu machen. Die stellvertretende GEW-Vorsit-

zende Marianne Demmer kommentierte das Diskussionspapier von LobbyControl: „Wenn die Zahl frei verfügbarer und privater Unterrichtsmaterialien in die Millionen steigt – bei sinkenden Schulbuchausgaben – brauchen Schulen und Lehrkräfte mehr Orientierung und eine Anlaufstelle, die im Zweifelsfall helfen kann.“ Die zuständigen Ministerien lehnen die Einrichtung einer Prüfstelle bisher ab. •

IG BAU-Jugend

Wahlalter ab 16

Die IG BAU-Jugend will das Wahlalter auf 16 Jahre senken. „Die Debatte ist zwar nicht neu. Aber sie gewinnt durch die vielfach prekäre Beschäftigung junger Arbeitnehmer eine neue Brisanz“, stellt der stellvertretende Vorsitzende der

Gewerkschaft Robert Feiger fest. Ein Großteil der Auszubildenden starte heutzutage nicht mehr mit Optimismus ins Berufsleben, sondern mit Angst vor der beruflichen Zukunft. „Nur mit einem Wahlrecht können junge Beschäftigte die Politik beeinflussen und dazu beitragen, dass ihre Interessen nicht übergangen werden“, fügte Feiger hinzu. •

GEW und DGB Rheinland-Pfalz

Beamtenbesoldung verfassungswidrig

In einem gemeinsam von GEW und DGB in Auftrag gegebenen Gutachten hat der Verfassungsrechtler Ulrich Batts die Verfassungswidrigkeit der Besoldungspraxis von BeamtenInnen in Rheinland-Pfalz festgestellt. Den BeamtenInnen in diesem Bundesland werde „ein verfassungswidriges Sonderopfer abverlangt“, heißt es in dem Gutachten. Die langfristige Festlegung einer Besoldungserhöhung über fünf Jahre erfolge völlig losgelöst von der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Dies sei „eine ausdrückliche, vorweggenommene Verweigerung der Anpassungspflicht des Besoldungsgesetzgebers“.

Ende 2011 hatte der rheinland-pfälzische Landtag mit rot-grüner Mehrheit beschlossen, die Besoldung der landeseigenen BeamtenInnen von 2012 bis 2016 jährlich nur um ein Prozent zu erhöhen.

Batts rügt die Begründung des Finanzministeriums für die landesgesetzliche Regelung, wonach Einsparungen bei den Beamtenbesoldungen für die Konsolidierung des Landeshaushaltes, basierend auf der gesetzlich verankerten „Schuldenbremse“, erforderlich seien.

Der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid hat die volle Unterstützung des DGB für Musterklagen gegen diese Regelung erklärt. Er verweist darauf, dass DGB und Mitgliedsgewerkschaften in Rheinland-Pfalz von Anfang an vehement gegen dieses Gesetz interveniert hätten, bei der Landesregierung aber auf taube Ohren gestoßen seien. „Ich erinnere zudem daran, dass in Rheinland-Pfalz 2007 und 2008 schon einmal die Beamtenbesoldung von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt worden ist.“ Mit dem Gesetz vom Dezember 2011 erge-

be dies nun einen Zeitraum von sieben Jahren. Zusammengefasst mit den Kürzungen bei der Beihilfe und Verschlechterungen bei der Versorgung werde die Unzumutbarkeit der rheinland-pfälzischen Praxis offenkundig, kritisiert Muscheid. Auch GEW und GdP fordern die Landesregierung auf, die Konsolidierung des Landeshaushaltes auf dem Rücken der Beschäftigten zurückzunehmen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige



Schützen, helfen und gestalten. Wir statt ich.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Familienpolitik – eine Bilanz

Verklärung der Vielfalt

In Deutschland gibt es über 150 familienbezogene Leistungen mit einem Gesamtvolumen von 200 Milliarden Euro. Experten raten, die Förderung zu bündeln. Die Bundesregierung verkauft den Wirrwarr als schlüssiges Konzept. Der Publizist Thomas Gesterkamp zieht Bilanz.

Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl dürften wir im Herbst eine neue Familienministerin bekommen. Der hessische CDU-Landesverband streute das nicht dementierte Gerücht, Kristina Schröder wolle aufhören. Die offizielle Begründung lautet „Rücksicht auf ihre Familie“, doch das klingt wenig glaubhaft. Gescheitert ist Schröder eher am **widersprüchlichen Frauenbild der Union, das zu einer ebenso widersprüchlichen Politik geführt hat.**

Wenige Wochen vor der Wahl tritt am 1. August der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder unter drei Jahren in Kraft. Zum gleichen Termin kommt das Betreuungsgeld, der heftig umkämpfte Zuschuss für jene, die den Nachwuchs lieber zu Hause versorgen. Das seit 2007 als Lohnersatzleistung gezahlte Elterngeld hingegen verfolgt das Ziel, Mütter zwölf Monate nach der Geburt wieder in die Erwerbswelt zu integrieren. Das wollen auch die Arbeitgeber, die wegen des Fachkräftemangels in bestimmten Branchen und Regionen auf qualifizierte Frauen setzen.

Angesichts des Förderwirrwarrs beschloss schon die große Koalition aus CDU und SPD 2005 eine kritische Bestandsaufnahme. Die über 150 familienpolitischen Leistungen müsse man wirksamer bündeln, hieß es 2009 auch im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Nachfolgeregierung. Wissenschaftler wurden mit einem Gutachten beauftragt, ein Zwischenbericht gelangte im Februar 2013 an die Öffentlichkeit. Darin bezeichnen die Berater die umfangreiche Unterstützung von insgesamt über 200 Milliarden Euro als „teilweise kontraproduktiv“. Das Kindergeld sei „wenig effektiv“, das Ehegattensplitting „ziemlich unwirksam“, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern sogar „besonders unwirksam“. **Mehr Mittel müssten in Betreuung und Bildung fließen, reine Geldtransfers an Familien sind der falsche Weg,** lautete das Fazit.

Kristina Schröder kamen solche Bewertungen unlegen. Das von der bayerischen CSU durchgesetzte und selbst in ihrer eigenen Partei umstrittene Betreuungsgeld war zwar noch gar nicht Gegenstand der Studie. Erneut aber hat direkte finanzielle Unterstützung Vorrang vor dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Trotz Rechtsgarantie fehlen vor

allem im Westen Deutschlands weiterhin Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Kita- und Krippenprogramme seien ein „Modernisierungsschub“ gewesen, bilanziert die Gießener Familiensoziologin



Thomas Gesterkamp, 55, ist promovierter Politikwissenschaftler und Journalist in Köln. Er schrieb mehrere Bücher über Vereinbarkeit und Familie, unter anderem „Gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“ (Klett-Cotta) und „Väter zwischen Kind und Karriere“ (Budrich).

Uta Meier-Gräwe: „Das Betreuungsgeld konterkariert das völlig.“

Im „Familienreport 2012“ versucht sich Schröders Mitarbeiterstab an einer gewagten Interpretation der offensichtlichen Widersprüche. **Demzufolge steckt hinter dem Chaos System.** Unter der Überschrift „Differenzierung als Stärke“ distanziert sich das Ministerium von dem selbst gesteckten Ziel, die Instrumente zu bündeln. „Bisherige Erfahrungen und Erkenntnisse sprechen nicht dafür, dass eine Zusammenführung von Leistungen tatsächlich zu mehr familienfreundlicher Effizienz oder zu staatlichen Einsparungen führt.“

Die ohne klares Konzept verstreuten Milliarden erscheinen nach dieser Lesart als sinnvolles Resultat gesellschaftlicher Kompromisse. Die Vielfalt reflektiere „die komplexen Lebensrealitäten von Familien in der Lebensverlaufsperspektive“, heißt es in dem Bericht. Weniger wolkig formuliert bedeutet dies: Das Chaos ist gar nicht zu vermeiden. Mit dieser resignativen Haltung **verzichtet die Politik darauf, überhaupt Einfluss zu nehmen und die derzeitige Lage zu verändern.** Statt das herrschende Durcheinander als Ausdruck von Pluralisierung zu verklären, müsste die Regierung klare Prioritäten setzen – etwa für eine Verbesserung der Situation in Kindergärten und Krippen. Denn die „Wahlfreiheit“ der Eltern, die Konservative gerne beschwören, war stets eine Mogelpackung: Mit dem Steuersplitting, der Mitversicherung und der Witwenrente unterstützt die Familienpolitik seit Adenauers Zeiten die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern. •

Unterstützung für Familien

Die ehe- und familienbezogenen Leistungen umfassten 2010 insgesamt 200,3 Milliarden Euro. Zur Familienförderung im engeren Sinne zählen 125,5 Milliarden

Euro; 74,9 Milliarden Euro gelten als „ehebezogene“ Leistungen. Größter Posten ist das Kindergeld mit 38,8 Milliarden Euro, das Elterngeld macht gerade mal 4,6 Milliarden Euro aus.

Kindergeld: Der Staat zahlt 184 Euro im Monat für das erste und zweite, 190 Euro für das dritte und 215 Euro für jedes weitere Kind. Bei armen Familien wird der Zuschuss mit Hilfen wie „Hartz IV“ verrechnet; Gutverdiener profitieren überproportional über den Steuernachlass auf der Basis des Kinderfreibetrags.

Beitragsfreiheit: Neben Kindern sind auch Hausfrauen und GeringverdienerInnen in der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert.

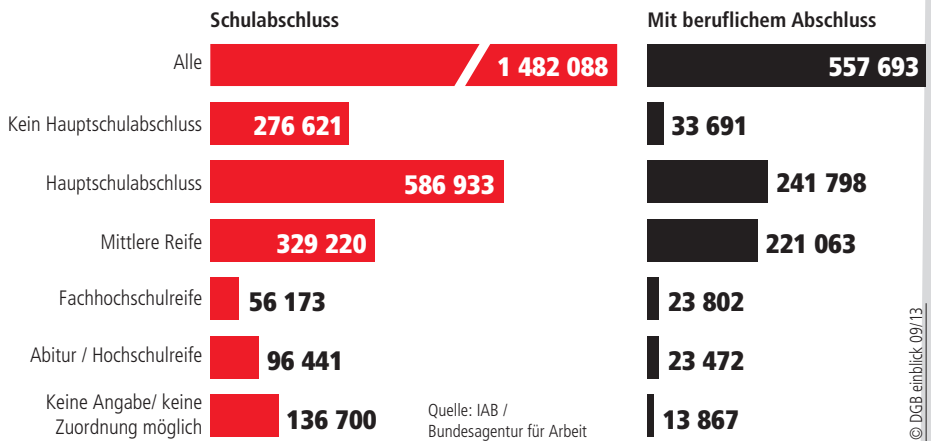
Ehegattensplitting: Die Wahl einer ungünstigen Steuerklasse hält Mütter davon ab, mehr als einen Minijob anzunehmen. Beim Splitting steigt der finanzielle Vorteil mit dem Einkommensunterschied zwischen Mann und Frau.

Betreuungsgeld: Eltern, die ihren Nachwuchs nicht in die Kita schicken, erhalten ab August 2013 zunächst 100 Euro, ab 2014 sogar 150 Euro im Monat.

QUALIFIZIERUNG VON ALG-II-BEZIEHERN: Potenziale ausschöpfen

Ein Drittel der ALG-II-BezieherInnen hat einen beruflichen Abschluss. Das allein reicht nicht, um sie in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Das IAB hat in einer Studie untersucht, ob aus diesem Personenkreis der zusätzliche Fachkräftebedarf in den Kitas gedeckt werden kann, wenn ab 1. August für unter dreijährige Kinder ein Rechtsanspruch auf Betreuung gilt. Die Studie sieht durchaus Chancen. Der DGB fordert, die Potenziale aller Arbeitslosen und Beschäftigten durch ein Weiterbildungsgesetz besser zu erschließen.

Registrierte Arbeitslose im Alter von 25 bis 55 Jahren im Rechtskreis SGB II nach schulischer und beruflicher Ausbildung, Stand: September 2012



© DGB einblick 09/13

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

13.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Podiumsgespräch „Jugend ohne Perspektive – Spanien in der Krise“, Hamburg

14.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Die Krisenpolitik in Südeuropa und die soziale Dimension der EU“, Köln

14.-16.5. SoliServ, Forum für ArbeitnehmervertreterInnen „Arbeitsrecht im 21. Jahrhundert – Die Zukunft der digitalen Welt [mit]bestimmen“, Berlin

15.5. Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

15.5. IG Metall-Bildungszentrum, Fachtagung zu Berufskrankheiten, Sprockhövel

15.5. GEW, Hamburger Gewerkschaftstag der GEW, Hamburg

15.5. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachkonferenz „Löcher im Haushalt, in der Straße und im Schienennetz“, Berlin

15.-16.5. GdP, Redaktorenkonferenz der GdP-Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“ anlässlich des 30-jährigen Jubiläums, Berlin

16.5. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachkonferenz „Gute Arbeit in der Wirtschaftsförderung – soziale und nachhaltige Strukturpolitik für die Förderperiode 2014-2020“, Berlin

17.-20.5. IG BCE-Jugend, 5.

Ordentliche Jugendkonferenz, Hannover

17.5. ver.di, Aktionstag „Tag der Selbstverwaltung“

21.5. Welttag der kulturellen Vielfalt für Dialog und Entwicklung

21.-22.5. ver.di-Bildungswerk, JAV-Konferenz „Brennpunkte in der JAV-Arbeit“, Hannover

24.-25.5. DGB Hessen-Thüringen, Jugendbezirkskonferenz, Tabarz

24.-25.5. IGR Elbe-Neiße, Konferenz „20 Jahre IGR Elbe-Neiße – Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Arbeits- und Wirtschaftsraum 2020“, Görlitz/Zgorzelec

24.-26.5. ver.di, DGB, Hans-Böckler-Stiftung u.a., Kongress „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit.“, Berlin

personalien

••• **Rolf Schmucker**, 44, ist neuer Referent beim DGB-Index Gute Arbeit in Berlin. Bis 2010 war der promovierte Politikwissenschaftler wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizinische Soziologie der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Zuletzt arbeitete er an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld.

27.-31.5. ver.di, EVG und andere, Kongress der Europäischen Transportarbeiterföderation, Berlin

27.5.-7.6. DGB-Region Mark Brandenburg, Wanderausstellung „...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.“, Zossen

28.5. GEW-Landesverband Schleswig-Holstein, Seminar „Argumentieren und Handeln gegen Rechts“, Hamburg

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 2420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Es gibt keinen schnelleren Weg, pflegebedürftig zu werden, als selbst zu pflegen.“

Karl Lauterbach, SPD-Bundestagsabgeordneter und Gesundheitsexperte, auf dem evangelischen Kirchentag laut „Tagesspiegel“ vom 5. Mai.

Unterstützungsstreik

Kein Schadensersatz

Die Fluggesellschaften, die 2009 vom Unterstützungsstreik der Fluglotsen des Stuttgarter Towers betroffen waren, können keine Schadensersatzansprüche gegen die Gewerkschaft der Flugsicherung geltend machen. Die Schadensersatzklagen über insgesamt rund 39 000 Euro werden abgewiesen. Damit bestätigte das Landesarbeitsgericht Hessen das Urteil der Vorinstanz.

*Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 25. April 2013 - 9 Sa 561/12*

Betriebsratsmitglieder

Können Unterlagen im Büro einsehen

Die Mitglieder des Betriebsrats haben das Recht, die Unterlagen des Betriebsrats und seiner Ausschüsse jederzeit einzusehen. Daraus ergibt sich, dass sie auch einen Anspruch gegenüber dem Betriebsrat auf Überlassung eines Schlüssels für das Betriebsratsbüro haben, wenn anders ein jederzeitiges Recht zur Einsichtnahme nicht gewährleistet werden kann.

*Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Beschluss vom 20. Februar 2013 - 13 TaBV 111/2*

Bewerbung

Keine Auskunft vom Arbeitgeber

Ein abgelehnter Stellenbewerber hat gegen den Arbeitgeber keinen Anspruch auf Auskunft, ob dieser einen anderen Bewerber eingestellt hat und gegebenenfalls aufgrund welcher Kriterien. Verweigert der Arbeitgeber jegliche Auskunft, so begründet dies allein nicht die Vermutung einer unzulässigen Benachteiligung des Bewerbers.

*Bundesarbeitsgericht;
Urteil vom 25. April 2013 - 8 AZR 287/08*

Haftungsbegrenzung

Gilt auch bei Sportunfällen

Auch bei einem Sportunfall im Schulunterricht gilt – wie bei Arbeitsunfällen – die Regel, dass der Schädiger nur bei Vorsatz haftet. Für die Annahme eines solchen Vorsatzes müssen objektive Tatsachen zugrunde liegen.

*Oberlandesgericht Frankfurt/IM,
Urteil vom 14. März 2013 – 1 U 200/12*

Opferentschädigung

Auch bei seelischer Misshandlung

Nach dem Opferentschädigungsgesetz kann eine Person Versorgungsleistungen beanspruchen, wenn sie infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat. Opfer seelischer Misshandlungen haben Anspruch auf Beschädigtenrente, auch wenn sie die Tat nicht beweisen können, weil – außer dem möglichen Täter – keine Tatzeugen vorhanden sind. Es reicht, wenn das Opfer seine Qualen glaubhaft darlegen kann.

*Bundessozialgericht,
Urteil vom 17. April 2013 - B 9 VG 1/12 R*

Einrichtung der Kirche

Kündigung wegen Kirchenaustritts

Tritt ein Mitarbeiter einer vom Caritasverband getragenen Kinderbetreuungsstätte aus der katholischen Kirche aus, kann das die Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechtfertigen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war seit 1992 beim Caritasverband als Sozialpädagoge beschäftigt. Im Februar 2011 trat er aus der katholischen Kirche aus. Als Beweggründe gab er die zahlreichen Missbrauchsfälle in katholischen Einrichtungen, die Vorgänge um die „Piusbruderschaft“ und die Karfreitagsliturgie an, in der eine antijüdische Tradition der katholischen Kirche zutage trete. Als Reaktion kündigte der Caritasverband das Arbeitsverhältnis ordentlich. Die dagegen gerichtete Klage blieb ohne Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Nach dem Grundgesetz ordnet und verwaltet jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze selbst. Dieses Recht kommt neben den verfassten Kirchen auch den ihnen zugeordneten karitativen Einrichtungen zu. Nach der Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse von 1993 ist der Austritt aus der katholischen Kirche ein schwerwiegender Loyalitätsverstoß, der eine Weiterbeschäftigung des Mitarbeiters nicht zulässt. Im Kündigungsschutzprozess haben die Arbeitsgerichte zwischen den Grundrechten der Arbeitnehmer – etwa auf Glaubens- und Gewissensfreiheit – und dem Selbstbestimmungsrecht der Religionsgesellschaft abzuwägen. Im vorliegenden Fall hat der Arbeitnehmer durch seinen Austritt gegen seine arbeitsvertraglichen Loyalitätsobligationen verstoßen. Aufgrund dessen war es dem Arbeitgeber nicht zuzumuten, ihn als Sozialpädagogen weiterzubeschäftigen.

*Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 25. April 2013 – 2 AZR 579/12*

Krankenversicherungsrecht

Krankenkasse zahlt Fettabsaugung

Ist eine stationäre Fettabsaugung medizinisch notwendig, kann sich die Krankenkasse nicht darauf berufen, dass der Gemeinsame Bundesausschuss diese Behandlungsmethode nicht in Richtlinien empfohlen hat.

Der Fall: Die 29-jährige Frau leidet an Armen, Beinen und Gesäß an einer schmerzhaften Fettgewebsvermehrung, einem sogenannten Lipödem. Sie beantragte bei ihrer Krankenkasse die Kostenübernahme für eine Fettabsaugung (Liposuktion). Die Krankenkasse verwies darauf, dass die konservativen Therapiemöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft seien. Die Frau ist hingegen der Ansicht, dass die bei ihr vorliegende Form des Lipödems II. Grades nicht durch Gewichtsreduktion verringert werden könne. Ferner würden Lymphdrainage wie auch Kompressionsstrümpfe lediglich eine temporäre Linderung bewirken. Mit ihrer Klage hatte sie Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Krankenkasse hat die Kosten der stationären Liposuktion zu tragen. Die Frau hat eine deutlich bauchige Oberarmsilhouette sowie einen Oberschenkelumfang von 80 cm. Bei der erheblichen Fettmenge ist eine stationäre Behandlung notwendig. Dies ergibt sich aus den Leitlinien der Deutschen Gesellschaft für Ästhetische Chirurgie zur Liposuktion. Die Frau hat darüber hinaus die konservativen Behandlungsmethoden ausgeschöpft. Dass eine Gewichtsreduktion die lipödem-typischen Fettansammlungen beeinflussen kann, ist wissenschaftlich nicht gesichert.

*Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 5. Februar 2013 - L 1 KR 391/12*